

„Green-Card“-Debatte: Der Migrations-Experte Klaus J. Bade plädiert in einem Gastbeitrag für Einwanderungs-Regelungen

„Ausländer sind nicht nur die Lückenbüßer am Arbeitsmarkt“

Trennung zwischen humanitären Pflichten und ökonomischen Interessen nötig – Das Recht zur Auswahl eines Teils der Bewerber

VON KLAUS J. BADE

NÜRNBERG — Die Diskussion um die „Green-Card“ für ausländische Computer-Spezialisten reißt nicht ab: In einer Forsa-Umfrage sprachen sich 50 Prozent der Befragten gegen und 44 für eine Visa-Erleichterung nach US-Vorbild aus. Eindeutig für die geregelte Zuwanderung von Fachkräften plädiert in einem Gastbeitrag für unsere Zeitung Professor Klaus J. Bade. Der aus Nürnberg stammende Historiker ist Vorstand am Osnabrücker Institut für Migrationsforschung und Interkulturelle Studien und Mitbegründer des bundesweiten „Rates für Migration“.

Asyl und Wirtschaftswanderungen haben in Deutschland fließende Grenzen; denn das Aufnahmeland hat — bei Anwerbestopp und ohne Einwanderungsgesetzgebung im Grunde nur noch das Nadelöhr des Asyls zur Einwanderung offen gelassen, abgesehen von Familiennachzug, Aussiedlerzuwanderung und besonderen Ausnahmeregelungen. Dieser politische Fehler hat wesentlich zu den Abwehrhaltungen und Abwehrmaßnahmen gegen Asylsuchende als „Wirtschaftsflüchtlinge“ beigetragen.

Asyl- und Wirtschaftswanderungen aber müssen unterscheidbar bleiben: Bei Flucht und Asyl geht es um humanitäre Pflichten. Bei Arbeitswanderung und Einwanderung geht es um ökonomische Interessen — nicht nur der Wirtschaftswanderer, sondern auch des Einwanderungslandes. Es muss das Recht haben, sich einen Teil seiner Einwanderer auszusuchen, zumal es eine große Zahl ohnehin aufnehmen muss unter dem Gebot übergeordneter Prinzipien (Familiennachzug) oder selbst auferlegter Verpflichtungen (Aussiedler).

Deutsche gehen weg

Ausländer sind nicht nur Lückenbüßer am Arbeitsmarkt, zum Beispiel im Pflegedienst oder bei der Müllabfuhr. Es gibt auch höchst qualifizierte Ausländer für Spitzenjobs, für die zureichend qualifizierte einheimische Arbeitskräfte, trotz Massenarbeitslosigkeit, offenkundig nicht zu finden sind. Hinzu kommt, dass höchst qualifizierte Deutsche nicht selten ins Ausland abwandern, wo ihnen bes-

tere Bedingungen geboten werden.

Wenn aber einheimische Spitzenkräfte fehlen oder abwandern und ausländische im Bedarfsfall nicht flexibel, zügig und ohne zu enge Begrenzungen zugelassen werden, dann gehen deutschen Spitzenjobs dorthin, wohin auch deutschen und ausländische Spitzenkräfte gehen, zum Beispiel in die USA. Umgekehrt schaffen eingewanderte Spitzenkräfte oft neue Arbeitsplätze in großer Zahl, wie nicht nur die Erfahrung im amerikanischen Silicon Valley zeigt. Wir brauchen deshalb einerseits eine Qualifikationsoffensive in der beruflichen Bildung, an Universitäten und Fachhochschulen.

Wir brauchen andererseits eine — auf europäischer Ebene abgestimmte — Einwanderungsgesetzgebung und



Plädiert für klare Regeln: Klaus J. Bade. F.: Osterfeld

Einwanderungspolitik im wohlverstandenen Eigeninteresse des Einwanderungslandes Deutschland.

Die Schutzmechanismen des nationalen Sozialstaats werden ausgehöhlt, wenn bei dauerhafter struktureller Massenarbeitslosigkeit und zunehmender „Vergreisung“ die Zahl derer wächst, die am Sozialstaat partizipieren, und die Zahl derer schrumpft, die ihn über ihre Beiträge finanzieren, während zugleich Höchstqualifizierte abwandern und auf Sozialhilfe angewiesene

zuwandern. Im Übrigen müssen wir uns daran gewöhnen, dass die hässliche Kehrseite des Globalisierungsprozesses die internationale Konkurrenz innerhalb nationaler Grenzen ist — nicht nur auf den Warenmarkt, sondern auch auf dem Arbeitsmarkt.

Nürnberger Nachrichten, 3.2.2000, S.5